Warmbrunner Nachrichten

Unparteiische Tageszeitung für das Riesengebirge.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. — Bezugspreis: Wöchentlich 35 Pfg., monatlich 1,40 Mk., durch die Post 1,40 Mk. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben die Bezieher kein Anrecht auf Nachlieferung.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Petitzeile 15 Pfg., für auswärtige Inserenten 25 Pfg., die 3-gespaltene Reklame-Zeile 75 Pfg. bezw. 1 — Mk., tabellarischer Satz bis 100 Prozent Zuschlag. Etwaiger Rabatt wird hinfällig, wenn der Betrag nicht innerhalb 30 Tagen nach Rechnungserhalt bezahlt ist, ebenso erlischt derselbe bei Konkurs od. gerichtl. Beitreibung.

Schriftleitung: Paul Fleischer, Druck und Verlag: Paul Fleischer, Bad Warmbrunn, Voigtsdorfer Straße 3. — Fernsprecher 115. — Postscheckkonto: Nr. 6746 Breslau.

Nummer 293. Dienstag, den 15. Dezember 1925. 44. Jahrgang.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Im Reichstag wurde der deutsch-russische Handelsvertrag in zweiter und dritter Lesung angenommen.
* Reichsaußenminister a. D. Schiele ließ im Reichstag erklären, daß er seine umstrittene Pension von 10 000 Mark den Kriegsblinden überweisen würde.
* Im Preußischen Landtag verließen Volksparteiler und Deutschnationale, als der sozialdemokratische Abgeordnete Heilmann den früheren Finanzminister Dr. v. Richter, Volksparteiler, scharf angriff, den Saal.
* Bei Besprechung eines Streikverbotgesetzes betonte Ministerpräsident Mussolini, daß er Italien als ständig im Kriegszustand betrachte.

Volk in Not.

Überall in Deutschland Teilstillegungen oder auch Gesamteinstellung von Betrieben; doch nicht bloß jener, die erst in der Inflationszeit auf „blühten", sondern auch großer alter Werke. Überall ein rasches Ansteigen der Arbeitslosenziffer, und in Sachverständigenkreisen rechnet man damit, daß die Zahl tatsächlich schon dicht an der ersten Million steht. Wir müssen zurzeit ja allein schon mit über 700 000 unterstützten Erwerbslosen rechnen. Dazu kommen noch Hunderttausende von Erwerbslosen, die eine Unterstützung nicht mehr beanspruchen können, sondern jetzt der allgemeinen Fürsorge anheimfallen, weil sie schon ausgesteuert sind.

Sie demonstrieren, diese Heere der Erwerbslosen. Das ist kaum nötig: denn niemand gibt es in Deutschland, der nicht weiß, daß ein Großteil unseres Volkes in schwerer Not ist. Seit Tagen gehen die Verhandlungen im Reichstag zwischen den Parteien und der Regierung hin und her; alle sind überzeugt von der Not und entschlossen, die Erwerbslosenunterstützung heraufzusetzen. Doch es gibt eine Grenze. Und diese Grenze wird gesetzt durch die Arbeitslosen. Unmöglich ist es, nicht bloß aus finanziellen, sondern vor allem aus sozialethischen Gründen, die Erwerbslosenunterstützung soweit zu erhöhen, daß es sich nicht mehr „lohnen" würde, zu arbeiten, wie wir es in dem Wirrjahr 1919 erlebten. Von Arbeitgebern und Arbeitnehmern wird ein Teil der für die Erwerbslosenunterstützung notwendigen Gelder aufgebracht; aber das würde längst nicht ausreichen. Es bedarf ja noch eines beträchtlichen Zuschusses aus der Reichskasse.

Darum kamen die Anträge auf eine hundert- bzw. fünfzigprozentige Erhöhung nicht in Betracht. Nun hat man sich im Haushaltsausschuß des Reichstages den Regierungsvorschlag zu eigen gemacht, daß die Bezüge der Hauptunterstützungsempfänger um 20 % erhöht werden sollen, außerdem ein Zuschlag von 10 % auf die Unterstützungssätze ihrer empfangsberechtigten Familienmitglieder erfolgen wird. Um denselben Betrag wird auch die Höchstgrenze für eine Familienunterstützung erhöht. Für jene Erwerbslosen, die eine Unterstützung nicht mehr beziehen, hat die Regierung die Absicht, 5 Millionen zwecks Auszahlung einer einmaligen Unterstützung der Wohlfahrtspflege zu überweisen. Das bedeutet finanziell die Erhöhung der Beitragsleistungen zur Erwerbslosenfürsorge auf 3 % der Lohnhöhe und einen öffentlichen Zuschuß von mindestens 100 Millionen bis zum 1. April 1926.

Aber noch andere notleidende Massen durchziehen die Straßen; das sind die unteren Beamten. In Riesenversammlungen künden sie ihre Not. Auch hierüber ist alles einer Meinung, daß geholfen werden muß, und zwar schnellstens. Aber eine Einigung zwischen Regierung und Reichstag ist noch nicht zustande gekommen, weil die finanziellen Folgen noch weit gewichtigere sind als bei der Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Nicht bloß deswegen, weil bei einer Aufbesserung der Reichsbeamtengehälter auch die Länder und Gemeinden nachfolgen müssen, sondern auch deswegen, weil eine Gehaltserhöhung der Beamten sich auch auf die Gehaltspolitik der Privatwirtschaft auswirken würde. Kämen die Löhne und Gehälter in der Privatindustrie nicht nach, so würde die Erregung, die dort herrscht, noch stärker anwachsen, würde die Erbitterung über die — gleichgültig, ob tatsächlich vorhandene oder nicht bestehende — Bevorzugung der öffentlichen Angestellten noch höher anschwellen. Besonders, da ja die Kosten dieser Mehrausgaben auf steuerlichem Wege gedeckt, d. h. also durch die Wirtschaft aufgebracht werden müssen. Trotzdem ist die Regierung grundsätzlich mit einer Erhöhung einverstanden.

Der Reichstag ist aber nun nicht unbeträchtlich über das hinausgegangen, was die Regierung als äußerste Grenze festhalten will: Verdoppelung des Teuerungszuschlages bei den Beamtengruppen I—IV auf 25 % und bei den Gruppen V und VI seine Heraufsetzung auf 20 %, wobei die Beträge kapitalisiert und als einmalige Summe ausbezahlt werden können. Hoffentlich wird aber auch hierin eine Einigung erzielt, die einerseits der tiefen Not jener Beamtenklassen gerecht wird, andererseits aber auch die allgemeinen und die finanziellen Folgen im Auge behält.

Volk in Not — diese beiden, die Erwerbslosen wie die Beamten, sind ja nicht die einzigen. Die Angestellten befinden sich ja in nicht minderer Not. Ernsthafter von Tag zu Tag wird die wirtschaftliche Krise, schwankender von Tag zu Tag der Boden, auf dem wir stehen. Es ist Pflicht, alle Volksgenossen auf diesen Ernst, diese Unsicherheit, dieses Dunkel hinzuweisen, durch das wir nicht hindurchkommen, wenn wir nicht entschlossen sind, gemeinsam die Lasten zu tragen.

Schieles Pension für die Blinden.

(134. Sitzung.) CB. Berlin, 12. Dezember.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der deutsch-russische Verträge. Dr. von Freytag-Loringhoven (Dtn.) betonte, seine Freunde hätten sich immer für ein gutes Verhältnis zu Rußland ausgesprochen.

Abg. Dr. Haas (Dem.) begrüßte den Abschluß dieser Verträge als erste praktische Durchführung des Rapallovertrages.

Abg. von Gräfe (Völk.) lehnte die Verträge ab, weil der deutsche Ehrenstandpunkt darin nicht gewahrt sei. Gute wirtschaftliche Beziehungen wollten auch die Völkischen zu Rußland aufrechterhalten.

Abg. Dauch (D. Vp.) betonte, daß trotz aller Bedenken die Verträge aus politischen Gründen zu begrüßen seien.

Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Vgg.) meinte, bei dem Vertragsabschluß seien die deutschen Zwischenhändler vielleicht den Russen zu weit entgegengekommen, weil sie durch einen schnellen Abschluß den mit den Locarnoverträgen entstandenen Eindruck einer deutschen Westorientierung verwischen wollten.

Abg. Rauch (Bayer. Vp.) erklärte, die Verträge hätten die schlimmsten Befürchtungen der deutschen Wirtschaft bestätigt. Aus wirtschaftlichen Gründen werde man aber die Verträge annehmen müssen.

Die deutsch-russischen Verträge wurden darauf in zweiter und dritter Beratung mit großer Mehrheit endgültig angenommen. Es folgte die Beratung der Anträge zur

Erwerbslosenfürsorge.

Der Haushaltsausschuß beantragte eine Erhöhung der Unterstützungssätze der Hauptunterstützungsempfänger um 20 %, der unterstützungsberechtigten Familienangehörigen um 10 %. Die Höchstgrenze für eine Familienunterstützung soll um 10 % erhöht werden.

Abg. Ersing (Ztr.) trat als Berichterstatter für den Ausschußantrag ein.

Abg. Aufhäuser (Soz.) machte die Wirtschaftspolitik der Rechtsregierung und der Industriekartelle verantwortlich für die gegenwärtige wirtschaftliche Krise. Dabei warf der Redner der Regierung vor, daß sie die parlamentarische Arbeit bei der Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung durch ihr Verhalten verzögert habe. Er bedauerte, daß unter dem Druck der Regierung der Hauptausschuß hinter dem weitergehenden Antrag des sozialpolitischen Ausschusses zurückgeblieben sei. Dr. Luther, so meinte der Redner, habe zwar für die Masse der ärmsten Erwerbslosen nichts übrig, wohl aber für den arbeitslos gewordenen Minister Schiele. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Rädel (Komm.) begründete einen Antrag seiner Fraktion auf sofortige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 100 % und Aufhebung der Karenzzeit. Außerdem sollen einmalige Winterbeihilfen von 50, 100 und 150 Mark gezahlt werden.

Abg. Koch-Düsseldorf (Dtn.) erklärte zu der Bemerkung über die Pension des früheren Ministers Schiele, der Abg. Schiele habe in seinem Brief an die Fraktion erklärt, er wolle nicht besser gestellt werden, als es nach der zu erwartenden gesetzlichen Regelung der Ruhegehälter der Minister allgemein festgesetzt werde.

Minister Schiele habe mitgeteilt, daß er seine Ministerpension den Kriegsblinden zur Verfügung stellt.

(Lebhafter Beifall rechts.) Die deutschnationale Fraktion werde die unverzügliche Vorlegung eines Gesetzentwurfes beantragen, der die Ruhegehälter der Minister den jetzigen Verhältnissen entsprechend regelt. Weiter soll eine Denkschrift über die seit der Staatsumwälzung gezahlten Ministerruhegehälter vorgelegt werden.

Abg. André (Ztr.) bezeichnete eine wesentliche Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung als wünschenswert. Die mißliche Finanzlage des Reiches und die starke Belastung der Wirtschaft mache es aber leider unmöglich, über die jetzt vom Ausschuß beantragten Sätze hinauszugehen.

Abg. Ziegler (Dem.) bedauerte die Ablehnung der weitergehenden demokratischen Anträge im Ausschuß. Eine gesetzliche Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge sei notwendig, aber die Lasten müßten der Volksgesamtheit auferlegt werden.

Abg. Beier-Dresden (Wirtsch. Vgg.) meinte, die Regierung habe eine schwere Schuld auf sich geladen, als sie die für die Erwerbslosenfürsorge in den Etat eingestellten Mittel für andere Zwecke ausgab. In erster Linie komme es darauf an, den Erwerbslosen Arbeit zu verschaffen.

Abg. Schwartzer (Bayer. Vp.) trat für die Ausschußanträge ein und meinte, die furchtbare Not der Erwerbslosen dürfe nicht durch unerfüllbare Anträge parteiagitatorisch ausgenutzt werden.

Abg. Stöhr (Völk.) verteidigte den Beschluß des sozialpolitischen Ausschusses und bedauerte, daß der Hauptausschuß sich der Diktatur Luthers gefügt habe.

Mit Schlußworten der Abgg. Dißmann (Soz.) und Schütz (Komm.), die noch einmal die Anträge ihrer Fraktionen empfahlen, nahm die Aussprache ihr Ende.

*

Die Teuerungszuschläge für die Beamten.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags nahm nach kurzer Aussprache einen Antrag Ersing (Ztr.) an, der verlangt, daß der allgemeine Teuerungszuschlag für die Beamten der Gruppen I bis IV von 12,5 % auf 25 % und für die Beamten der Gruppen V bis VI von 12,5 % auf 20 % erhöht werden solle. Die Beträge können kapitalisiert und in einmaliger Summe ausgezahlt werden.

Das Zentrum lehnt ab.

Abgeordneter Koch zum Reichspräsidenten gebeten.

Der Zentrumsabgeordnete, Reichskanzler a. D. Fehrenbach, ist Sonntag vom Reichspräsidenten empfangen worden. Hindenburg hat mit dem Abgeordneten über die durch den Rücktritt des Kabinets Luther entstandene innerpolitische Lage und die Lösung der Krise verhandelt.

Im Laufe der Unterredung bot der Reichspräsident dem Abg. Fehrenbach die Bildung des Kabinetts auf der Basis der Großen Koalition an. Fehrenbach lehnte jedoch ab, indem er ausdrücklich betonte, daß er diese Ablehnung auch im Namen seiner Fraktion ausspreche. Das Zentrum beabsichtige nicht, die Führung bei der Regierungsbildung zu übernehmen oder auf den Kanzlerposten Ansprüche zu erheben.

Für Montag ist der Führer der Demokraten, der Abg. Koch, zum Reichspräsidenten gebeten. Es ist anzunehmen, daß ihm bei diesem Besuch die Kabinettsbildung angeboten werden wird.

Italien in dauernder Kriegsbereitschaft.

Eine Rede Mussolinis in der Kammer.

In der Italienischen Kammer wurde nach dreitägiger Debatte ein Gesetz angenommen, das die Schaffung staatlich anerkannter Gewerkschaften und Arbeitsämter vorsieht. Gleichzeitig gelangt damit der obligatorische Schiedsspruch für alle Lohnstreitigkeiten zur Einführung. Gegen die Vorlage stimmten nur die Kommunisten und einige Abgeordnete der Oppositionsparteien, was einen großen Erfolg für Mussolini bedeutet, da der Führer der italienischen Industriellen noch vor kurzem erklärte, daß die Unternehmer der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit nicht zustimmen könnten, da das den Ruin der Industrie bedeuten würde. Auch der Justizminister hat noch in letzter Zeit schwere Bedenken gegen die Schiedsgerichtsbarkeit erhoben und wollte sie nur für die Landwirtschaft gelten lassen.

Mussolini gab zu dem Gesetzentwurf längere Erklärungen vor der Kammer ab und warnte vor Übereilung bei der Abstimmung. Ferner wies er auf die große Bedeutung des Gesetzes hin, das den sozialen Frieden anstrebe. Über den Gewerkschaften stehe der Staat, der die Arbeiterbewegung streng überwache und alle Auswüchse, von welcher Seite sie auch kommen mögen, unterdrücken werde. Der Arbeitsfriede müsse im Interesse des Staates und seiner Sicherheit erhalten werden. Die nächsten fünf bis zehn Jahre würden für das Geschick Italiens entscheidend sein. „Ich betrachte," so fuhr Mussolini fort, „immer unser Land als in dauernder Kriegsbereitschaft, und daher darf keine einzige Arbeitsstunde versäumt werden."

Den Ausführungen Mussolinis folgte langanhaltender Beifall. Von den Abgeordneten wurde gerufen: „Es lebe Mussolini!"

Die Pension für Reichsminister Schiele.

Eine amtliche Erklärung.

In einem Teil der Presse ist bemängelt worden, daß der ehemalige Reichsminister des Innern, Schiele, nach seinem Ausscheiden aus dem Amte eine Pension bezieht, obwohl ein Reichsminister nur dann pensionsberechtigt ist, wenn er den Ministerposten wenigstens zwei Jahre bekleidet hat oder über zehn Jahre im Dienst als Beamter tätig war. Zur Aufklärung dieser Tatsache wird von amtlicher Seite erklärt:

„Minister Schiele hat gemäß § 35 des Reichsbeamtengesetzes bei seiner Entlassung eine Pension erhalten, weil er sich über zehn Jahre im Dienst befunden hat. Bei der Berechnung der pensionsberechtigenden Dienstzeit ist nach § 47 des genannten Gesetzes die Zeit des aktiven Militärdienstes zu der Zivildienstzeit als Minister hinzugerechnet worden. Dabei mußte weiter beachtet werden, daß nach den Vorschriften der Militärversorgungsgesetze die Zeit des Kriegsdienstes im Kampfgebiet doppelt gerechnet werden muß. Unter Beachtung dieser zwingenden Gesetzesvorschriften ergab sich für Schiele eine Gesamtdienstzeit von zehn Jahren 62 Tagen. Er hatte hiernach auf eine Pension von 35 % des pensionsfähigen Diensteinkommens einen voll begründeten, klagbaren Anspruch."

Reichstagspräsident Löbe 50 Jahre alt.

Vom Schriftsetzer zum Reichstagspräsidenten.

Reichstagspräsident Paul Löbe kann am 14. Dezember auf die Vollendung seines 50. Lebensjahres zurückblicken. Paul Löbe wurde im Jahre 1875 in Liegnitz geboren. Er besuchte dort die Volksschule und trat dann in seine Lehrzeit als Schriftsetzer. In diesem Berufe war er bis zum Dezember 1898 tätig, die Wanderschaft führte ihn dabei durch Süddeutschland, Österreich-Ungarn, Italien und die Schweiz. Im Jahre 1899 trat er in die Redaktion der „Breslauer Volkswacht" ein, für welche er noch tätig ist. Als Redakteur dieses Blattes wurde Löbe mehrfach wegen politischer Vergehen mit Gefängnis bestraft.

Zum erstenmal wurde Löbe zum Präsidenten des Reichstags 1920 erwählt und behielt dieses Amt bis zum Schluß der ersten Wahlperiode 1924, um dann wieder nach den Dezemberwahlen desselben Jahres den Präsidentenstuhl zu besteigen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Pensionen der Reichsminister.

Im Reichstag ist ein Antrag v. Graefe (völk.) eingegangen, nach dem der Reichstag die Reichsregierung ersuchen soll, dem Reichstag alsbald ein Denkschrift mit einer erschöpfenden namentlichen Übersicht über die Pensionen der seit dem November 1918 verabschiedeten Reichsminister und Reichsstaatssekretäre vorzulegen. Aus der Übersicht soll insbesondere die Höhe der Pensionen, die Berechnung und Art der zugrunde gelegten Dienstzeiten sowie Höhe und Art sonstiger dem Pensionsberechtigten aus Reichs-, Staats- oder anderen öffentlichen Mitteln zustehender Bezüge genau ersichtlich sein.

Steuerwünsche der bayerischen Koalitionsparteien.

Die Koalitionsparteien des Bayerischen Landtags haben vereinbart, alle Anträge, die das bayerische Staatssystem berühren, zum Gegenstand vorheriger Besprechungen zu machen, um für die Durchführung die gemeinsame Verantwortung übernehmen zu können. Ein erster gemeinsamer Antrag ersucht die Staatsregierung u. a., mit den übrigen Ländern ins Benehmen zu treten, daß bald mit dem Reich ein Finanzausgleich herbeigeführt wird, der den Ländern und in bestimmtem Umfang auch den übrigen öffentlichen Körperschaften die Steuerhoheit sicherstellt. Bei den Verhandlungen sollen erneut die Vermögens-, Einkommen- und Körperschaftssteuern, mindestens aber das Zuschlagsrecht für diese Steuern gefordert werden unter Beschränkung des Anteils des Reiches auf 10 %. Die Geldentwertungsabgabe soll durch eine den tatsächlichen Inflationsgewinn erfassende Steuer ersetzt werden.

Aus In- und Ausland.

München. Kronprinz Rupprecht von Bayern erklärt, daß er seine Feldmarschallspension nicht für sich, sondern zur Unterstützung des Bayerischen Kriegerbundes verwende.

Genf. Der Leiter der Rechtsabteilung des Völkerbundsekretariats, van Hamel, ist vom Rat in geheimer Sitzung zum Oberkommissar des Völkerbundes in Danzig ernannt worden.

Paris. Nach einer Meldung aus Lissabon hat das portugiesische Parlament Bernardino Machado zum Präsidenten der Republik gewählt.

Vermischte Drahtnachrichten vom 11. Dezember.

Der Gesetzentwurf zur Förderung des Preisabbaus.

Berlin. Im Zusammenhang mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Preisabbaus soll § 19 der Kartellverordnung auf die ihr bisher nicht unterworfenen Zwangsinnungen erweitert werden. Diese Maßnahme gibt der Regierung gleichzeitig eine erhöhte Einwirkungsmöglichkeit auf die Syndikate der Kohlen- und Kaliwirtschaft. Die Aufnahme dieser Bestimmungen ergab sich aus der Notwendigkeit, gleiches Recht für alle Wirtschaftskreise zu schaffen.

Die Räumung Kölns.

Köln. Nach Mitteilung des englischen Oberkommandos wird die gesamte Kölner Zone am 31. Januar 1926 geräumt sein. Die Kölner Schutzmannschaft wird in demselben Tempo ergänzt und verstärkt, wie sich der Abzug der englischen Truppen vollzieht.

Falschmünzer verhaftet.

Chemnitz. In Lengenfeld im Vogtlande wurde ein 17jähriger Zahntechnikerlehrling wegen Falschmünzerei verhaftet. Er will nur ein Einmarkstück angefertigt haben, um seine Kunst zu erproben.

Ein deutscher Defraudant in Paris erschossen.

Düren. Oberpostsekretär Schuch vom Dürener Postamt, der vor einigen Wochen unter Mitnahme von 36 000 Mark flüchtete, wurde, wie hier bekannt wird, in Paris, als er bei seiner Verhaftung Widerstand leistete, von der Polizei erschossen.

Massensterben in einer Schafherde.

Lüdenscheid. Von einer in den Tälern bei Lüdenscheid weidenden Herde von etwa 450 Schafen ist infolge plötzlich eingetretener ungeheurer Schneefälle und Kälte eine sehr große Zahl eingegangen; die übrigen mußten abgeschlachtet werden.

Englische Taucher reisen zur Ausbildung nach Deutschland.

Hamburg. Nach einer Blättermeldung aus Hamburg werden sich auf Anordnung der englischen Admiralität der Leiter des englischen Taucherausbildungsinstituts und andere englische Taucher zu einem Ausbildungskursus an die deutsche Taucherausbildungsstation nach Kiel begeben, da die englische Admiralität die Einführung des deutschen Tiefseetauchapparates beabsichtigt.

Autobusunfall einer staatlichen Kraftwagenlinie.

Dresden. Ein auf der staatlichen Kraftwagenlinie Bautzen-Kamenz laufender Omnibus verunglückte in Pirschwitz bei Bautzen in der Kurve der nach Kamenz abbiegenden Staatsstraße. Dabei wurden eine Person schwer und siebzehn Personen leicht verletzt.

Neue Wohnungsanforderungen für die Besatzungstruppen.

Eschweiler. Die Besatzung hat von der Stadtverwaltung die sofortige Bereitstellung von 12 Wohnungen verlangt, ferner bis 18. d. Mts. 10 Offizierswohnungen von 5—7 Zimmern und 18 Unteroffizierswohnungen von 2—5 Zimmern.

Ein Aufruf der württembergischen Regierung.

Stuttgart. Die württembergische Regierung erläßt im Staatsanzeiger einen Aufruf, in dem sie unter Hinweis auf das bevorstehende Weihnachtsfest dazu auffordert, angesichts der Arbeitslosigkeit und der auch auf dem Lande sich mehrenden wirtschaftlichen Sorgen sich der Not der Unglücklichsten und Ärmsten anzunehmen, und die gemeinnützigen Anstalten in ihrer Tätigkeit zu unterstützen, aber abzusehen von Wohltätigkeitsveranstaltungen in Form von glänzenden Festen und Tanzvergnügungen, die nicht dem Ernst der Zeit entsprechen.

Niederlegung des Locarno-Dokumentes in Genf.

Genf. Im Generalsekretariat des Völkerbundes ist das Original des in London unterzeichneten Vertrages von Locarno durch England zur Registrierung niedergelegt worden.

Die Einreise für Deutsche nach Elaß-Lothringen.

Paris. Auf Grund verschiedener Anregungen zugunsten der Aufhebung des auf den Pässen für die deutschen Staatsangehörigen vermerkten Verbots, sich in die Departements Elsaß und Lothringen zu begeben, hat der Innenminister diesem mitgeteilt, er habe den Außenminister und die Generaldirektion für Elsaß und Lothringen davon benachrichtigt, daß er in der Annahme der vorgeschlagenen Regelung nichts Unzuträgliches sehe mit dem Vorbehalt, daß man von den Angehörigen der Reichswehr und der Schutzpolizei für das Betreten der beiden Departements eine besondere Ermächtigung verlangen werde.

Schwere französische Verluste in Syrien.

Paris. Ein französisches Bataillon von mehr als 1000 Mann ist östlich von Damaskus vernichtet worden. Es gehen fortgesetzt französische Truppenverstärkungen nach Syrien ab.

Von London nach Locarno.

Dr. Stresemann über aktive Außenpolitik.

Auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei für den Wahlkreisverband Berlin hielt Außenminister Dr. Stresemann eine Rede, in der er es als völlig verfehlt bezeichnete, wenn der Deutschen Volkspartei Vorwürfe darüber gemacht wurden, daß sie darauf bestanden hätte, die Deutschnationale Partei an der Regierung zu beteiligen. Ebenso verfehlt sei es aber auch, ihr vorzuwerfen, wenn sie die Konseqenzen aus der heutigen Lage zöge, nachdem die Deutschnationalen nicht nur durch Ablehnung der Locarnoverträge, sondern darüber hinaus noch durch ihre Anzweiflung der Rechtgültigkeit dieser Verträge sich selbst von der weiteren Mitarbeit ausgeschlossen hätten.

Anlaß zu der Änderung der politischen Lage habe die Außenpolitik gegeben. Diese Politik habe zum Ziel gehabt die Wiedererringung der deutschen Souveränität. London war die Lösung der Reparationsfrage, Locarno soll die Lösung der politischen Fragen bringen, die zwischen der früheren Entente und uns stehen. Die gegen uns in der Nachkriegszeit geführte Politik war eine Politik der Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Die Verträge von Locarno sollen dieser Politik ein Ende machen, eine Politik des Rechts und des wirklichen Friedens und darüber hinaus die Politik der Verständigung und des gegenseitigen Zusammenwirkens sichern. Die Deutsche Volkspartei werde sich in der künftigen Regierung nur mit Parteien beteiligen die gewillt seien, auf der Grundlage dieser Politik weiterzubauen.

Das Wort „Rückwirkungen" in bezug auf das Rheinlandregime sei vielleicht falsch gewählt, wenn es so verstanden würde, als wenn die Folgerung der Verträge von Locarno sich in ihnen erschöpfe. Die auf Locarno aufgebaute Politik habe selbstverständlich die Herstellung der völligen Freiheit und Souveränität Deutschlands zum Ziel, sie bedeute aber darüber hinaus auch die aktive Betätigung Deutschlands, namentlich in den großen europäischen Fragen.

Preußischer Landtag.

(107. Sitzung.) tt. Berlin, 12. Dezember.

Das Haus setzte die allgemeine Aussprache zur dritten Lesung des Haushalts fort.

Abg. Langer-Oberhausen (Dt. Volksp.) führt aus: Nur durch Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft im Rahmen der Weltwirtschaft werde die Arbeitslosigkeit beseitigt werden. Darum sei Locarno für uns Deutsche von Wichtigkeit.

Abg. Heilmann (Soz.) erklärt, die gestrige Debatte habe zweierlei enthalten, Allgemeinheiten und Gemeinheiten. Der Abg. Gauger (Deutschnat.) habe lediglich das Wort genommen, um Worte des Ministerpräsidenten zu entstellen. Daß eine Opposition ständig die Mehrheit terrorisiert, ist nur in einem Lande möglich, das eine so ausgesucht gutmütige Bevölkerung hat wie Deutschland! Der Redner kritisiert die Femeprozesse. Schlimmer aber als der Tod durch die Kugel ist die Vernichtung durch das Gift der Verleumdung. Der Redner berührt kurz den Konkurs der Landbank und kommt dann auf die zwangsweise Pensionierung eines Oberverwaltungsgerichtsrates zu sprechen.

Als der frühere preußische Finanzminister Dr. v. Richter (D. Vp.) den Redner durch Zwischenrufe unterbricht, greift dieser den Abg. v. Richter an und macht ihm Vorhaltungen über seine Zeugenaussagen im Barmat-Prozeß.

Auszug der Volkspartei und der Deutschnationalen.

Die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei verlassen den Saal. Abg. Heilmann tritt von der Rednertribüne und die Mitglieder der beiden ausgezogenen Parteien erscheinen wieder.

Abg. v. Campe (D. Vp.) verliest namens der Deutschen Volkspartei eine Erklärung, wonach die Fraktion die Angriffe Heilmanns gegen die Wahrheitsliebe Dr. von Richters mit aller Schärfe zurückweist und die sozialdemokratische Fraktion auffordert, von der Äußerung Heilmanns abzurücken.

Wie man erfährt, ist Staatssekretär Weißmann an Herrn v. Richter herangetreten mit der Bitte, in einer Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Braun die Angelegenheit zu besprechen.

Abg. Merx-Köln (Ztr.) setzt sich für die Forderungen der Beamten im Saargebiet ein. Es ergebe sich bei Gehaltsvergleichen, daß der französische Beamte im Saargebiet mehr als viermal bessergestellt sei als der deutsche.

Abg. Teitscheid (Ztr.) bezeichnet es als bewußte Irreführung der Bevölkerung, wenn man die gegenwärtige schwierige Wirtschaftslage und den Steuerdruck als Folgen der Revolution hinstellt. Das große Wirtschaftselend sei vielmehr eine Folge der unglückseligen Finanzpolitik während des Krieges und des Krieges überhaupt.

Ministerpräsident Braun

gibt, einer Aufforderung des Abg. Gieseler (Völk.) entsprechend, Auskunft über Belastungen der Staatskasse durch Ministerpensionen und teilt mit, daß aus der früheren Zeit heute noch zwölf Herren, die als ehemalige königliche Minister heute noch leben, vom Staate Pension im Gesamtbetrage von 272 000 Mark jährlich beziehen, daß von Ministern, die in der neuen Zeit nach der Umwälzung ins Ministerium berufen sind, zurzeit fünf Pension beziehen, sämtlich ältere Beamte, die auf Grund ihrer früheren Beamtenstellung diese Pension zu beanspruchen haben.

Abg. Heilmann (Soz.) bezeichnet es als unwahr, daß er die Wahrheitsliebe des Abg. v. Richter angezweifelt habe. Diese Methode habe vielmehr die Volkspartei gegen ihn, den Redner, wiederholt angewandt. Er habe lediglich ungehörige Zurufe des Abg. v. Richter mit Recht zurückgewiesen.

Nach weiteren kurzen Erklärungen der Abg. v. Campe und Heilmann schließt die allgemeine Debatte und es beginnt die Einzelaussprache.

Handelsminister Dr. Schreiber führte Klage darüber, daß Preußen seine Eisenbahn an das Reich abgetreten habe, ohne praktisch dafür irgendwelche Entschädigung zu bekommen. Preußen wird darüber wachen, daß andere Länder nicht mehr Eisenbahnrechte haben, als Preußen. Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf den 14. Dezember.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 15. Dezember.

Sonnenaufgang	8^{7}	Mondaufgang	7^{18} V.
Sonnenuntergang	3^{44}	Monduntergang	3^{48} N.

1805 Vertrag von Schönbrunn zwischen Preußen und Napoleon. — 1914 Lowitsch genommen.

□ **Zur Aufwertung hinterlegter Wertpapiere.** Bei den als Hinterlegungsstellen und Hinterlegungskassen tätigen preußischen Gerichten und Gerichtskassen sind vielfach solche auf eine nicht mehr geltende inländische Währung lautenden Wertpapiere oder sonstigen Urkunden hinterlegt, die nach dem Aufwertungsgesetz und dem Gesetz über die Ablösung öffentlicher Anleihen aufgewertet werden, bei denen aber zur Erhaltung des Rechts auf Aufwertung weitere Maßnahmen (Anmeldungen usw.) erforderlich sind. Die vorbezeichneten Behörden sind nicht ver-

Lerne leiden...

ROMAN VON H. COURTHS-MAHLER

46] (Nachdruck verboten.)

Als die Braut Bührens war Bettina noch unschädlicher, und außerdem schnitt man allem Gerede die Spitze ab. Einigermaßen hätte man sich doch in ihren Kreisen gewundert über Bettinas Fortgang. Nun mochte sie bis zur Hochzeit im Hause bleiben. Man konnte vielleicht noch zum Ausdruck bringen, daß man nur mit schwerem Herzen so streng gewesen war. Sie gab Bührens gleich eine Schilderung, wie furchtbar es ihr gewesen sei, gegen Bettina so hart sein zu müssen. Aber in solch einem Falle sei Milde einfach ein Verbrechen. Bührens sah unruhig nach der Tür. Aus Frau Adolphinens Reden merkte er ungefähr, wie sich die Szene am Morgen abgespielt hatte. Er sehnte sich fieberhaft nach Bettinas Anblick. Ihr nur erst sagen dürfen, daß er für sie eintreten würde mit jedem Atemzuge. —

Peter Aßmann hatte inzwischen an Bettinas Zimmertür geklopft. Er blickte freundlich in ihr blasses Gesicht.

„Herr von Bührens ist hier, Bettina, er wünscht dich zu sprechen."

Sie erschrak. Was war geschehen?

„Herr von Bührens?" murmelte sie.

„Ja, komm nur — du brauchst nicht zu erschrecken. Es wird noch alles gut."

Sie faßte sich und ging still mit ihm in sein Zimmer hinüber. Tante Adolphine war endlich mit ihrer Rede fertig geworden und saß ganz erschöpft in einem Sessel. Bührens trat schnell auf Bettina zu und führte ihre Hand mit Ehrerbietung an seine Lippen.

„Gnädiges Fräulein, ich habe die Ehre, Sie herzlich zu bitten: Werden Sie meine Frau und gestatten Sie mir, Sie von heute ab als meine Verlobte zu betrachten," sagte er mit bebender Stimme.

Bettina zuckte zusammen und trat von ihm zurück. Dunkle Röte schoß in ihr Gesicht. Betroffen sah sie ihn an, ohne eine Antwort zu finden.

„Du kannst Gott auf den Knien danken, daß Herr von Bührens dich durch seine Werbung rehabilitiert!" rief Frau Adolphine ihr zu.

Bührens trat unwillkürlich zwischen Bettina und ihre Tante.

„Sie können sich denken, gnädiges Fräulein, wie glücklich ich bin, Ihnen sagen zu dürfen, daß ich durch ein glückliches Ungefähr in den Stand gesetzt bin, die nötige Kaution zu stellen, so daß ich ohne Sorge für Ihre Zukunft meine Werbung vorbringen kann. Ich werde sehr glücklich sein, wenn Sie mir Ihr Jawort geben wollen."

Adolphine fand, daß er viel zu viel Umstände machte, und wollte eben wieder hineinreden. Da legte Peter nachdrücklich und warnend seine Hand auf ihren Arm und bat sie durch einen Blick, zu schweigen. Bettina sah mit umflortem Blick in Bührens Gesicht. Sie hatte ihre Ruhe wiedergefunden.

„Ich weiß nicht, wie Sie zu diesem Schritt gedrängt worden sind, Herr von Bührens. Jedenfalls danke ich Ihnen. Sie wollen damit meine Unbesonnenheit wieder gutmachen. Aber ich kann und will dieses Opfer nicht annehmen."

Peter Aßmann und seine Frau fuhren in maßlosem Erstaunen auf.

„Bettina — was soll das heißen?!" rief Tante Adolphine entrüstet.

„Das soll heißen, daß ich mich weigere, Herrn von Bührens Werbung anzunehmen — schon weil sie erzwungen ist."

„Das ist ein Irrtum Ihrerseits, gnädiges Fräulein," sagte Bührens warm. „Ich habe Sie immer sehr gern gehabt — meine Wünsche durften sich Ihnen nur nie nahen. Seit gestern abend weiß ich, daß ich Sie liebe von ganzem Herzen. Und ich bin glücklich, in der Lage zu sein, Sie ohne Sorge um die Zukunft um Ihre Hand bitten zu dürfen. Niemand hat mich zu diesem Schritt gezwungen, also kann von einem Opfer keine Rede sein. Ich liebe Sie und bitte nochmals um Ihr Jawort."

Bettina strich mit der Hand über ihre Stirn. Da stand ein Mann vor ihr, der sie zum Weibe begehrte, der ihr Schutz und Schirm sein würde vor allem Bösen. Sie brauchte nur „Ja" zu sagen und hatte dann eine Heimat gefunden am Herzen eines Mannes. Niemand konnte sie dann hinaustreiben in die fremde, kalte Welt. Wies sie ihn ab, dann war ihres Bleibens hier nicht länger, Tante Adolphine sah unbarmherzig und kalt zu ihr herüber. Aber trotzdem — nein — nein — sie konnte nicht mit der Liebe zu einem andern im Herzen eine Ehe eingehen. Es würde ein Unrecht sein an sich selbst und an Bührens, der mit so bittenden, ehrlichen Blicken in ihre Augen sah. Entschlossen richtete sie sich auf.

„Es tut mir leid, Herr von Bührens — ich kann Ihre Frau nicht werden, so ehrenvoll mir Ihr Antrag auch ist. Ich muß Ihnen ehrlich bekennen, daß ich Sie nicht liebe, und ohne Liebe werde ich nie eine Verbindung fürs Leben eingehen. Seien Sie mir nicht böse — ich kann nicht anders — und Offenheit muß zwischen uns herrschen."

Bührens Gesicht bekam einen schmerzlich betroffenen Ausdruck. Sie liebte ihn nicht, kein wärmeres Gefühl als schlichte Menschenliebe hatte sie getrieben, ihm zu helfen. Diese Erkenntnis war ihm sehr bitter. Zugleich aber stieg Bettina noch mehr in seiner Hochachtung, und der Wunsch, sie von jedem unlauteren Verdacht zu befreien, erfüllte sein Herz.

Während er noch mit dem bitteren Gefühl der Enttäuschung rang, war Frau Adolphine wütend von ihrem Sitz emporgefahren und überschüttete Bettina mit Vorwürfen.

„Wie kannst du es wagen, Herrn von Bührens abzuweisen? Du müßtest ihm Dank wissen, daß er dich nach allem noch zur Frau begehrt. Ich verstehe nicht, wie du dich da noch bedenken kannst, verstehe dich überhaupt nicht."

Bettina sah sie ernst an. Eine große Ruhe war über sie gekommen.

„Nein, Tante Adolphine — du verstehst mich nicht — hast mich nie verstanden. Ich muß darauf verzichten, dir meine Handlungsweise überzeugend zu erklären, das weiß ich. Gib es auf, mich überreden zu wollen — ich werde niemals Herrn von Bührens Frau."

(Fortsetzung folgt.)

pflichtet, von Amts wegen diese Maßnahmen vorzunehmen. Sie sind dazu auch in zahlreichen Fällen mangels Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse gar nicht in der Lage. Zum Beispiel wird es sich meist ihrer Kenntnis entziehen, ob es sich bei den hinterlegten Papieren um Alt- oder Neubesitz handelt, u. a. m. Die Berechtigten müssen daher selbst für die Wahrung und Sicherung ihrer Rechte Sorge tragen und die erforderlichen Anmeldungen rechtzeitig vornehmen. Die Hinterlegungsstellen und die Hinterlegungskassen werden ihnen die erforderliche Unterstützung hierbei nicht versagen, soweit diese im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen gewährt werden kann. Es steht der Erlaß näherer Bestimmungen darüber bevor, daß bei Anträgen auf Umtausch von Markanleihen des Reichs im Sinne des Anleiheablösungsgesetzes und auf Gewährung von Auslosungsrechten in geeigneten Fällen an Stelle der Vorlegung der effektiven Stücke die Beibringung einer Bescheinigung über deren gerichtliche Hinterlegung genügt.

□ **Wohlfahrtsmarken.** Zugunsten der Deutschen Nothilfe werden in der Zeit vom 15. Dezember 1925 bis einschließlich 15. Januar 1926 von allen Postämtern drei mehrfarbige Wohlfahrtsmarken in den Freigebührenwerten von 5, 10 und 20 Pf. zum Preise von 10, 20 und 40 Pf. verkauft werden. Die Marken sind nach Entwürfen des Kunstmalers Siegmund von Weech in München hergestellt worden und zeigen auf ovalem Bilde außer dem Reichsadler die Wappen der Länder Preußen, Bayern und Sachsen. Die Gültigkeit der Marken zum Freimachen von Postsendungen — auch nach dem Auslande — dauert bis Ende März 1926.

□ **Das Wetter der Woche.** Die verhältnismäßig lange und für diese Zeit außergewöhnlich strenge Kälteperiode hielt sich diesmal trotz des von Westen her vorstoßenden Tiefdruckwirbels noch bis Mitte der Woche. Die zu Anfang der Woche eindringende Wärmezufuhr, die sich zunächst nur in größeren Höhen bemerkbar machte, fand zuerst einen starken Widerstand. Die geschlossene Schneedecke, die fast ganz Deutschland bedeckte, führte nachts immer wieder zu starker Abkühlung. Der Frost verschärfte sich sogar vorübergehend außerordentlich; in Mitteldeutschland wurden 10—14, in Süddeutschland sogar 20—27 Grad Celsius Kälte gemessen. Am Mittwoch trat die völlige Wendung ein. Die Wärmewelle stieß zunächst bis zur Weser vor und erreichte am Abend desselben Tages bereits Mitteldeutschland. Am Donnerstag traten schon verbreitete Regenfälle ein, die die Schneedecke schnell zusammenschmelzen ließen. Nur in den Mittelgebirgen hielt das Frostwetter noch an. Im Harz allerdings trat dann auch Tauwetter ein. Da das im Westen liegende Tiefdruckgebiet weitere Wirbel nach sich ziehen dürfte, müssen wir in den nächsten Tagen mit Anhalten der westlichen Luftströmung rechnen. Das Wetter wird daher vorwiegend trübe und veränderlich mit wiederholten Niederschlägen bleiben.

□ **Verlängerung der Frist für die Vermögenssteuererklärung.** Das Reichsfinanzministerium hat die Frist für die Vermögenssteuererklärung, die bis zum 15. Dezember abgegeben werden muß, dadurch verlängert, daß es die Finanzämter anwies, alle Steuererklärungen, die bis Jahresende eingehen, ohne Verzugszuschlag zu lassen.

Die Bettelplage.

Der schwere Winter, die große Arbeitslosigkeit haben die Zahl der Bettler wieder enorm anwachsen lassen. Von schulpflichtigen Kindern angefangen, bis zum kraftstrotzenden Manne und zum müde sich hinschleppenden Greise kann man Tag für Tag und Stunde für Stunde Bittende und Hilfeheischende an seiner Tür sehen. Keine Morgenstunde ist früh genug, keine Stunde des versinkenden Abends zu spät, als daß nicht ein Bettler die Klingel rührte. Da wird Geld, Essen verlangt, der eine will ein Hemd, der andere ein Paar Schuhe und wieder einer fragt gar, ob man für ihn keinen entbehrlichen Wintermantel hätte. Ein Teil der Bettler tritt auch im Gewande von Hausierern auf, um in nicht immer bescheidener und anständiger Weise Unterstützung durch den Verkauf von allerhand Waren zu erlangen. Wieder eine andere Form ist der Straßenbettel, der zum Teil sehr lästige Formen angenommen hat und bei dem man wiederum auch Kinder beteiligt sieht. Nun soll wahrhaftig nicht geleugnet werden, daß viel Elend, Hunger, Not und Verzweiflung unter dem Bettelvolk herrscht. Dennoch ist die Unterstützung des Haus- und Straßenbettels als nicht geeignet, wirklicher Not abzuhelfen. Sie gibt ohne jegliche Kontrolle, kommt dem Unwürdigen wie dem Bedürftigen zugute und verschwendet nur allzu oft an Elemente, die besser nichts in die Hand bekämen. Wer mildtätig sein und wirklich dürftige Arme unterstützen will, der spende sein Scherflein für die öffentliche Armenpflege, die gemeinnützigen Unterstützungsvereine und ähnliche Organisationen, die für eine wirklich kontrollierte und segenbringende Verwendung wohltätiger Spenden sorgen. Damit wird auch am besten der Straßenbettel bekämpft.

* **Druckfehler-Berichtigung.** In unserm Stimmungsbericht über die letzte Gemeindevertreter-Sitzung in Nr 292 muß es, wie der aufmerksame Leser wohl bereits selbst bemerkt haben wird, in Zeile 34 von oben statt Gerichtskasse richtig Gemeinde-Kasse heißen.

hy. **Niederschlesische Skimeiste schaft.** Das Protektorat über die niederschlesische Gaumeisterschaft des schlesischen Skibundes, die am 16. und 17. Januar in Liegnitz ausgetragen wird, hat der neue Liegnitzer Regierungspräsident Dr. Poeschel übernommen. Dem Bund ist auch der Wintersportverein Ketschdorf beigetreten.

hy. **Die Weihnachtsbäckerei.** Für die Ueberarbeit im Bäckereigewerbe in Niederschlesien haben die Gewerbeaufsichtsämter z. T. für diesbezüglichen persönlichen Antrag ein besonderes Formular herausgegeben in das sich die Antragsteller einzutragen haben. Die Ueberstunden sollen ausschließlich der Pausen 10 Stunden pro Tag nicht überiteigen. Das Gewerbeaufsichtsamt Görlitz hat für den dortigen Innungsbezirk Sonntag den 20. Dezember als vollen Arbeitstag für die Hausbäckerei freigegeben, sodaß von vormittag 5 Uhr bis abends 9 Uhr gearbeitet werden kann. Die Bäcker-Zwangsinnung Schönberg O.-L. gibt bekannt, daß auch am Sonntag, den 27. Dezember gebacken werden darf.

nl. **Lauban.** (Selbstmord eines Schwerkranken.) Aus einem Fenster des Kreiskrankenhauses stürzte sich heute ein schwer schwindsüchtiger junger Mann, der kurz vor seinem Tode stand; er blieb mit zerschmetterten Gliedmassen liegen.

hy. **Goldberg.** (Die Brandstiftungen im Kreise Goldberg.) Der Regierungspräsident in Liegnitz hat für die Ermittlung der Brandstifter, die im Kreise Goldberg im Juli an verschiedenen Orten Brandstiftungen begingen, eine Belohnung von 500 R.-Mk. ausgesetzt.

hy. **Liegnitz.** (Weihnachtlicher Hochbetrieb bei Post und Bahn.) Infolge des bevorstehenden Weihnachtsfestes herrscht bei Post und Bahn Hochbetrieb. Auf dem Hauptpostamt werden allabendlich ganze Körbe von Prospekten aufgeliefert, und wegen des starken Paketverkehrs findet auch an den offenen Sonntagen eine Abfuhr von Paketsendungen durch Postautos statt. — Auf dem Friedrichsplatz wurde bei ziemlichem Angebot und schwacher Nachfrage der Christbaumverkauf eröffnet. Das Gros der Bäume, darunter viele Tannen, stammt aus den slawischen Nachbarländern. Die Preise bewegen sich zwischen 1 und 3.50 Mk. für Tannen und sind für Fichten etwas mäßiger. Nach alten Vorkommen findet vom 13.—24. Dezember auf dem Ringe, der einer Budenstadt gleicht, der historische Christmarkt statt. Er ist mit Markt- und Weihnachtsartikeln aller Art reichlich beschickt.

nl. **Breslau,** 14. Dezember. (Selbstmord im Hotel.) Am 8. d. Mts. wurde in der Steinstraße in einem Hotelzimmer ein unbekannter Mann erhängt aufgefunden. Der Tote ist ungefähr 1,70 Meter groß, kräftig, 40—45 Jahre alt, hat blondes, kurzgeschnittenes Haar, kurzgeschnittenen rötlich blonden Schnurrbart, volles, blasses Gesicht, mittelhöhe Stirn, graue Augen und lückenhafte Zähne. Bekleidet war er mit blauem Anzug, blauer Schildmütze mit schwarzem Bande, dunkem Ueberzieher mit Monogramm A. W., hellgrauer Trikotunterhose, Trikothemd mit blaugestreiftem Einsatz und einem zweiten Trikothemd mit Stempel „J Schlosser, Radolfszell" gestreiftem Dauerkragen mit dunklem Selbstbinder, blaubraun gestreift, hellgrauen Schnürschuhen mit Gummiabsätzen. In den Manteltaschen befanden sich 2 weiße Taschentücher, eine gelbliche Zigarettentasche, ein schwarzledernes Portemonnaie mit 47 Pfennigen und einem kleinen Schlüssel. An sämtlichen Kleidungsstücken befindet sich ein Stückchen weißer Stoff mit der Zahl 5. Angaben zur Ermittlung des Toten werden nach Schuhbrücke 46, Zimmer 7, erbeten, wo auch ein Lichtbild zur Ansicht ausliegt.

Aus Böhmen.

nl. **Reichenberg.** (Zwei Todesopfer des tschechischen Zwangabbaues.) Der berüchtigte tschechische Zwangabbau des größten Teiles der deutschen Staatsbeamten hat in letzter Woche bereits zwei Todesopfer gefordert. Der Aushilfsdiener Friedrich Kühre des Postamtes Kaaden, der abgebaut worden ist, hatte um eine Gnadengabe angesucht und als er damit abgewiesen wurde, geriet er in solche Aufregung über seinen hilflosen Zustand, daß ihn ein Herzschlag niederstreckte. — In Böhmisch-Trübau beging ein Heizhausarbeiter der diese Woche den blauen Brief erhalten hatte, in seiner Verzweiflung Selbstmord.

nl. **Reichenberg,** 14. Dezember. (Das tschechische Postchaos.) Der gewaltsame Hinauswurf so vieler deutscher Beamte am 1. Dezember bei Post und Bahn hat chaotische Zustände geschaffen. Der gesamte Postbetrieb in den großen deutschen Industriezentren ist in Unordnung geraten. Die Parteien müssen Stundenlang warten. Die endlich angebrachten Pakete bleiben zwei bis Tage im Amte liegen, die einlangenden ebenso, da man sich nicht auskennt. Telegramme werden in Schließfächer geworfen. Eilbriefe mit gewöhnlicher Post ausgetragen, zahlreiche Poststücke falsch geleitet und ausgetragen. Für einen deutschen Briefträger müssen zwei Tschechen eingestellt werden, vielfach hat man die abgebauten Beamten wiedergeholt, jedoch nur um Tageslohn. Die tschechischen Kräfte wissen dem Wirrwar nicht zu begegnen.

nl. **Warnsdorf,** 14. Dezember. (Warnsdorf kauft den Spitzberg.) Das ehemals fürstliche Gebiet des Spitzberges bei Warnsdorf, der äußersten nach Sachsen (Kunnersdorf und Großschönau) hineinragenden Spitze des nordböhmischen Landzipfels ist durch die Enteignung Staatsbesitz geworden. Alle Versuche, das Gebiet käuflich zu erwerben, wurden der Stadt Warnsdorf abgeschlagen. Derzeit sind neue Verhandlungen im Gange und danach erscheint die Möglichkeit der Erwerbung evtl. über den Umweg eines Gebietsaustausches gegeben.

nl. **Asch i. B.,** 14. Dezember. (Ein Liebesdrama.) In Rommersreuth wurde der 19jährige Grubner, der seine Geliebte von einem Tanzabende nach Hause begleitete, von seinem Nebenbuhler, dem 19jährigen Sohne des Gutsbesitzers Adler, durch drei Stiche tötlich verletzt.

Nah und Fern.

○ **Durch den morschen Fußboden gestürzt.** Die bauliche Verwahrlosung vieler abgewohnter Häuser erfährt eine bezeichnende Illustration durch einen schweren Unglücksfall, der sich in Berlin ereignete. Dort stürzte der 23jährige Arbeiter Willi Bürgel durch den Fußboden der im ersten Stock gelegenen Wohnung des Arbeiters Hilke in die darunter liegende Waschküche. Sein Befinden ist sehr ernst.

○ **Eine Leichenschändung** wurde dieser Tage auf einem Dresdener Friedhofe verübt. Ein noch Unbekannter drang nachts in die Totenhalle ein und zerstach die Leiche einer Frau, vermutlich mit Nägeln, an verschiedenen Stellen. Das Verbrechen wurde am folgenden Tage entdeckt, aber bisher hat man des Täters, der wahrscheinlich nicht normal ist, noch nicht habhaft werden können.

○ **Die ägyptische Augenkrankheit** greift in der Vorderpfalz immer weiter um sich. In Schifferstadt mußten die Schulen geschlossen werden.

⊙ **15 Tage schiffbrüchig auf hoher See.** Ein Dampfer landete in Newyork 22 vollkommen zerlumpte Matrosen, die er im Ozean aufgefischt hatte. Die Schiffbrüchigen waren 15 Tage lang auf dem Meere bei stürmischer See umhergetrieben, nachdem sie in höchster Not, um Hilfe herbeizurufen, ihr Schiff in Brand gesteckt hatten. Die letzten drei Tage brachten die Bedauernswerten ohne Nahrung und Wasser zu.

⊙ **Schwere Wirbelsturmverwüstungen.** Aus Norfolk wird gemeldet, daß die Küste von Virginia von einem heftigen Wirbelsturm heimgesucht wurde, der die Stadt Norfolk fast zur Hälfte verwüstete und einen großen Teil der Schiffe im Hafen zerstörte. Die Stadt Norfolk hat etwa 125 000 Einwohner.

⊙ **Zusammenstoß zwischen Eisenbahn und Automobil.** Bei Blytheville in den Vereinigten Staaten fuhr der Zug St. Louis—St. Franzisko in ein vollbesetztes Auto, wobei 9 Personen getötet und eine schwer verletzt wurden.

⊙ **Von einem Indianerhäuptling entführt.** Eine der schönsten jungen Damen der Chikagoer Gesellschaft ist nach einem Ballfest in einer Millionärvilla spurlos verschwunden. Ein durch seinen Reichtum berühmter Indianerhäuptling, der den Spitznamen „Der schwarze Panther" trug, wollte sie in seinem Automobil nach Hause bringen. Seitdem hat man weder ihn noch die junge Dame mehr gesehen.

⊙ **Schweres Eisenbahnunglück in Spanien.** Ein doppeltes Eisenbahnunglück hat sich in Bilbao ereignet. Ein Personenzug fuhr auf eine Rangiermaschine auf und entgleiste, wobei einige Reisende verletzt wurden. Wenige Minuten später fuhr ein Schnellzug in voller Fahrt auf den entgleisten Personenzug auf. Der Zusammenstoß war so heftig, daß mehrere Wagen des entgleisten Personenzuges durch die Wucht des Zusammenpralls meterweit fortgeschleudert wurden. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind bis jetzt mehrere Tote und zahlreiche Verwundete geborgen worden.

⊙ **Amerikanische Alkoholgegner appellieren an den Papst.** Der Vereinigte Ausschuß für die Durchsetzung der Antialkoholgesetze, der die katholischen und protestantischen Reformgesellschaften vertritt, hat an den Papst die Bitte gerichtet, der Durchsetzung der Antialkoholgesetze in den Vereinigten Staaten seine moralische Unterstützung angedeihen zu lassen.

⊙ **40 Bergleute im brennenden Bergwerk eingeschlossen.** In der Hauptstrecke des der Fairview-Minengesellschaft gehörenden Bergwerks in Boulder (Colorado) ist ein Grubenbrand ausgebrochen, durch den 40 Bergleute in dem brennenden Bergwerk eingeschlossen worden sind. Sechs Rettungsabteilungen sind nach dem Ort des Unglücks abgefahren, da die an Ort und Stelle befindlichen Arbeiter infolge des Fehlens von Rauchschutzhelmen sich außerstande sahen, in die brennende Strecke einzudringen.

⊙ **Im Zuidersee eingefrorene Dampfer.** Der Zuidersee (Holland) fror so plötzlich zu, daß zwei Dampfer und eine Anzahl Fischerboote vom Eis eingeschlossen wurden. Die Besatzungen der Fischerboote konnten gerettet werden, die Dampfer aber, die nur schlecht verproviantiert sind, sind ganz abgeschnitten. Die meisten Inseln im Zuidersee können nur noch auf Schlittschuhen erreicht werden.

⊙ **Feuersbrunst in Hull.** Ein ungeheures Schadenfeuer hat in Hull eines der größten Warenhäuser Englands zerstört. Der Feuerschein war auf 25 Meilen Entfernung sichtbar. Die Vorräte des Warenhauses bestanden zum größten Teil aus Korn und Öl. Der durch die Feuersbrunst verursachte Schaden wird auf 250 000 Pfund Sterling geschätzt.

⊙ **54 Stunden zwischen den Rädern als blinder Passagier.** Ein Offizier der ehemaligen Wrangel-Armee, der den Versuch unternahm, zwischen den Rädern des Simplonexpreßzuges als blinder Passagier von Paris nach Konstantinopel zu fahren, wurde auf einem jugoslawischen Bahnhof in der Nähe von Belgrad halbtot vor Hunger und Kälte hervorgezogen, nachdem er bereits 54 Stunden in dieser Lage bei der schneidenden Kälte zugebracht hatte. Er erklärte, er habe in Konstantinopel seine Eltern wieder aufsuchen wollen, um mit ihrer Unterstützung nach Rußland zurückzukehren.

○ **Opfer der Kälte und des Schnees.** Infolge der durch die große Schneemasse unwegbar gewordenen Landstraße geriet der Wirtschaftsbeamte Ruhnke in Lüptow bei Köslin, der seinen Bruder nach Hause fahren wollte, vom Wege ab und stürzte mit dem Wagen in eine mit Wasser gefüllte Mergelgrube. Ruhnke ertrank. — Auf dem Wege nach Zewitz, Kreis Lauenburg, blieb der Arbeiter Glindowski, welcher dort seine Rente in Empfang nehmen wollte, im Schneetreiben ermüdet auf der Landstraße liegen und erfror. — In Greifenberg in Pommern stürzte der Leitungsarbeiter Gustmann, der auf einem durch Glatteis schwer besteigbar gewordenen Mast der Überlandzentrale Arbeiten ausführen wollte, aus einer Höhe von 12 Metern ab. Der Verunglückte starb nach wenigen Augenblicken.

○ **Schweres Explosionsunglück.** Auf der Zeche „de Wendel", Abteilung Benzolfabrik, in Herringe bei Hamm ereignete sich ein schweres Unglück. Ein in Reparatur befindlicher Gaskühler explodierte auf ungeklärte Weise. Zwei an dem Kühler beschäftigte Schlosser wurden durch die Explosion 20 Meter in die Tiefe geschleudert und starben nach kurzer Zeit an den erlittenen Verletzungen. Ein dritter Schlosser kam mit einer leichten Handverletzung davon.

○ **Tödlicher Unfall im Eisenbahnbetrieb.** Auf dem Bahnhof Thamm wurden die Bahnarbeiter Ernst Kienle und Gottlob Wild aus Bissingen von dem die Station durchfahrenden Schnellzug D 33 Stuttgart—Berlin erfaßt, zur Seite geschleudert und getötet. Die Verunglückten waren mit Gleisarbeiten im Gleis Stuttgart—Bietigheim beschäftigt.

○ **Eine gestörte Stadtverordnetenversammlung.** Anläßlich der letzten Sitzung der Stadtverordneten in Kassel veranstalteten die Arbeitslosen vor dem Rathaus Kundgebungen, um auf diese Weise ihrer Forderung nach Erhöhung der Unterstützung Nachdruck zu verleihen. Eine große Anzahl Arbeitsloser hatte sich ferner auf der Tribüne im Stadtverordnetensitzungssaal eingefunden, wo sie durch Schmähruse auf die Abgeordneten usw. einen derartigen Lärm veranstalteten, daß der Stadtverordnetenvorsteher sich schließlich genötigt sah, die Polizei herbeirufen zu lassen.

⊙ **Geheimnisvolles Verschwinden.** Vergangenen Freitag traf die Sängerin Zinaida Jurjewskaja von der Berliner Staatsoper in Andermatt ein. Bald darauf begab sie sich ohne Begleitung nach der Teufelsbrücke. Seither wurde sie nicht mehr gesehen. Da man bei der Teufelsbrücke Morphium und ein Rasiermesser fand, nimmt man an, daß Selbstmord vorliegt. Die Leiche konnte noch nicht gefunden werden, da die Reuß vollständig vereist ist. Am Samstag nachmittag fand oberhalb der Teufelsbrücke ein Straßenarbeiter ihren Mantel. Von der Straße führten Blutspuren zur Reuß hinab. Man nimmt an, daß die Sängerin sich am Straßenrand niedergesetzt, eine Ader geöffnet und sich dann in den Fluß hat hinuntergleiten lassen.

○ **Mord und Selbstmord.** Ein 55jähriger Bergmann wurde in Könitz (Thüringen) von seinem 29jährigen arbeitsscheuen Stiefsohn erschossen. Der Täter verübte Selbstmord, indem er sich eine Dynamitpatrone in den Mund steckte und sie anzündete.

⊙ **Umlegung des Wembley-Fehlbetrages auf die Steuerzahler.** Das britische Schatzamt hat amtlich mitgeteilt, daß der Anteil des Staates am Fehlbetrage der britischen Reichsausstellung in Wembley als eine Sondersteuer auf alle steuerpflichtigen Einwohner Großbritanniens umgelegt werde. Der Staat hat für 823 000 Pfund Sterling aufzukommen, während der Fehlbetrag sich auf über 1 500 000 Pfund beläuft.

⊙ **Eine Bank, die gefälschte Banknoten ausgibt.** Die Polizei von Lissabon (Portugal) verhaftete führende Angestellte der Angolabank, versiegelte die Tresors und beschlagnahmte das vorhandene Bargeld. Die Bank soll gefälschte Banknoten ausgegeben haben.

⊙ **Überschwemmungskatastrophe in Albanien.** Die Überschwemmung in Nordalbanien hat katastrophalen Umfang angenommen. In der Sitzung des Albanischen Parlaments teilte der Innenminister mit, daß die ganze Altstadt von Skutari und auch ein Teil der Neustadt unter Wasser stehen und jede Verbindung zwischen Tirana und Skutari unterbrochen ist. Das Parlament hat eine Summe von 300 Napoleondor für die Geschädigten bewilligt und seine Sitzung zum Zeichen der Trauer unterbrochen.

⊙ **Ein Zyklon in der Herzegowina.** Die Hochebene von Bekisko und Polym in der Herzegowina wurde von einem heftigen Zyklon verwüstet. Die Dörfer Salo, Garisso Gonda und Lovic haben großen Schaden erlitten. 30 Häuser wurden umgerissen und viele andere abgedeckt. Alle Felder sind überschwemmt. Viel Vieh ist ertrunken. Die Bauern konnten sich in Sicherheit bringen. Der Schaden beläuft sich auf einige Millionen Dinar.

○ **Störung des Gottesdienstes im Berliner Dom.** Der Adventgottesdienst im Dom wurde am Sonntag durch einen Geisteskranken empfindlich gestört. Als Domprediger Döhring die Kanzel bestiegen hatte, erhob sich ein Mann, ging bis zum Altar vor und legte sich dort auf den Boden. Nach einer Weile begann er zu schimpfen und eine Ansprache an die Gemeinde zu halten. Der Gottesdienst mußte unterbrochen werden, bis Kirchendiener erschienen und den Mann mit Gewalt aus der Kirche entfernten. Es handelt sich um das Mitglied einer Natursekte, das anscheinend in einem Anfall religiösen Wahnsinns den Domgottesdienst zu stören versucht hat.

○ **Barmat-Flüchtlinge im Ausland.** Die deutschen Behörden fahnden gegenwärtig im Auslande nach einigen Persönlichkeiten, die in der Barmat- und Kutisker-Affäre stark kompromittiert sind und die es verstanden haben, rechtzeitig und unter Mitnahme großer Geldsummen aus Deutschland zu entfliehen. So wird von den deutschen Behörden eine in der Barmat- und Kutisker-Affäre stark verwickelte Person gesucht, die sich gegenwärtig in Riga aufhält und die hier mit Hilfe des aus Deutschland mitgebrachten Geldes einen aufreizend verschwenderischen Lebenswandel führt.

⊙ **Ein englischer Dampfer gescheitert.** Nach einer Meldung aus Kapstadt ist der englische Dampfer „Competitor" in der Nähe der Delagoabucht gescheitert. Ein Boot mit sechs Mann an Bord konnte die Küste erreichen. Der Rest der Besatzung, dreißig Matrosen, werden vermißt. Man befürchtet, daß sie ertrunken sind.

⊙ **Polarforscher Rasmussen schwer erkrankt.** Nach der Rückkehr von einer englischen Vortragsreise ist der berühmte dänische Polarforscher Knud Rasmussen ernstlich erkrankt. Es handelt sich um ein Nierenleiden.

⊙ **Im Fluge zum Sterbebett der Mutter.** Ein spanischer Aviatiker, der bei Larache an der Marokkofront kämpft, erhielt telegraphisch die Nachricht, daß seine Mutter in Douai im Sterben liege. Er erhielt nicht nur sofort Urlaub, sondern auch die Genehmigung, die Heimreise in einem Dienstflugzeug zurücklegen zu dürfen. Der Offizier flog unverzüglich in zwei Etappen von Larache nach Douai und traf seine Mutter noch lebend an.

⊙ **Religiöse Wahnsinnstat einer Mutter.** In Chiloane (Mosambik) hat ein Eingeborene namens Macore ihre beiden Kinder, einen Jungen und ein Mädchen, im religiösen Wahnsinn erwürgt, um sie dann als Engel anzubeten. Die Betreffende wurde von den portugiesischen Richtern zu zehn Jahren Gefängnis und dreißig Jahren Deportation verurteilt.

⊙ **Einsturzkatastrophe in Newyork.** Aus Newyork wird gemeldet, daß das Gebäude des Arenaklubs in der letzten Nacht kurz vor Schluß zusammengestürzt ist. Es waren nur noch etwa fünfzehn Personen in dem Tanzlokal. Einer der Tänzer sprang aus dem Fenster und erlitt schwere Verletzungen, die vierzehn übrigen wurden mehr oder minder schwer verletzt.

⊙ **Schwere Zugentgleisungen.** Aus Atlanta (Pennsylvanien) wird gemeldet, daß zwei Güterzüge, die bei halbstündigen Abständen in derselben Richtung fuhren, in der Nähe der Stadt an derselben Stelle entgleist sind. Drei Personen des ersten Zuges und zwei des zweiten Zuges wurden auf der Stelle getötet. Außerdem werden drei Schwerverletzte und beträchtlicher Sachschaden gemeldet.

○ **Völlige Einstellung des Schiffsverkehrs auf der Elbe.** Die an dem Elbefrachtverkehr beteiligten Schiffsgesellschaften teilen mit: Die in den letzten Tagen eingetretene Kälte hat auf der Elbe starke Eisbildung erzeugt. Die folgenden Gesellschaften haben sich daher gezwungen gesehen, ihren Betrieb einzustellen: Vereinigte Elbeschiffahrtsgesellschaften, Neue Deutsch-Böhmische Elbeschiffahrts-A.-G. und Tschechoslowakische Elbeschiffahrtsgesellschaft.

○ **Einbruch beim Vorsitzenden des Bothmer-Prozesses.** In das Dienstzimmer des Landgerichtsdirektors Dr. Westerkamp im Potsdamer Gerichtsgebäude ist ein Einbruch verübt worden. Dr. Westerkamp ist der Vorsitzende im Prozeß gegen die Gräfin von Bothmer gewesen und hatte die Akten des Prozesses im Schreibtisch aufbewahrt. Aus den Akten hat der Einbrecher die Briefe stehlen wollen, die in dem Prozeß eine große Rolle gespielt haben, es sind ihm aber nur Kopien in die Hände gefallen.

○ **Ein Potsdamer Gesellschaftsskandal.** Der wegen Kreditschwindels, Betruges, Wechselfälschung und Heiratsschwindels in Potsdam verhaftete Oberleutnant Baron von Oppen ist dem Untersuchungsrichter von Zabienski vorgeführt worden. Oberleutnant von Oppen ist nach dem Kriege durch seine luxuriöse Lebensweise, die mit seinen Mitteln nicht im Einklang stand, auf die schiefe Bahn geraten und hat einer Berliner Weinfirma durch gefälschte Wechsel Wein im Werte von 10 000 Mark, einer Teppichfirma drei wertvolle Teppiche herausgelockt. Es wird ihm ferner zur Last gelegt, vier Frauen, denen er sich als Heiratskandidat näherte, um große Geldsummen betrogen zu haben.

○ **Ein Knabe an Tollwut gestorben.** In dem mittelfränkischen Dorfe Alesheim wurde ein Knabe von einem tollwütigen Tier gebissen; er starb einige Wochen später an Tollwut. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß er bei Raufereien mit seinen Mitschülern elf andere Kinder gebissen hat. Alle elf Schulkinder mußten jetzt wegen Tollwutverdachtes in das städtische Krankenhaus in Nürnberg eingeliefert werden.

○ **Das Explosionsunglück in Neu-Isenburg.** In der Kunstfeuerwerkfabrik Friedrich Sturm in Neu-Isenburg sind Bureau-, Lager- und Fabrikationsräume in einfachen Holzschuppen untergebracht, in denen etwa 20 bis 25 meist jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt werden. Im Fabrikationsraum war die Explosion, die sofort den ganzen Schuppen in Brand setzte. Obwohl sofort Versuche gemacht wurden, das Feuer zu löschen, waren die in dem brennenden Schuppen befindlichen Arbeiter nicht mehr alle zu retten. Drei Mädchen verbrannten vollständig.

⊙ **Drei Kinder verbrannt.** In der schwedischen Gemeinde Bunge brannte in Abwesenheit der Eltern das Wohnhaus eines Baumeisters ab, wobei die drei Kinder der Familie im Alter von drei Monaten bis drei Jahren in den Flammen umkamen.

⊙ **Folgenschweres Austernessen.** Die Schauspielerin Gertrude Montgomery hat bei dem Brooklyner Gericht eine Klage auf Zahlung von 20 000 Dollar gegen den Daley Grill Room anhängig gemacht. Sie gibt an, daß sie durch nachlässiges Servieren einer Austernplatte in dem Etablissement ein Stück Schale mitgeschluckt habe, wodurch ihre Stimmbänder verletzt und ihre Bühnenkarriere vernichtet wurde.

⊙ **Schloß St. Julien niedergebrannt.** Einem großen Schadenfeuer ist eines der bekanntesten Schlösser der Normandie zum Opfer gefallen. Es handelt sich um das Schloß St. Julien bei Lisieux. Die Dorffeuerwehr war dem Brand gegenüber machtlos und benachrichtigte leider zu spät die städtische Feuerwehr von Lisieux. Als diese am Schauplatz der Katastrophe eintraf, war es bereits zu spät. Die Höhe des Schadens wird auf über zehn Millionen Frank geschätzt.

Bunte Tageschronik.

Schneidemühl. Der Gutsbesitzer Schwapka in Schroda (frühere Provinz Posen) sprang bei einer Treibjagd über einen Graben, ohne das Gewehr zu sichern. Ein Schuß entlud sich und tötete den Unvorsichtigen auf der Stelle.

Gotha. In Zella-Mehlis (Thüringen) schoß der Schlosser Otto Schilling auf offener Straße seine Frau nieder, die, schwer verletzt, ins Krankenhaus geschafft wurde. Der Täter verübte Selbstmord.

Paris. Nach einer Meldung aus Vigo ist eine spanische Schaluppe auf einen Felsen gestoßen. Die Kessel explodierten und das Schiff ging unter. 16 Mann der Besatzung ertranken.

London. Der zweite der in Scapa-Flow versenkten 1300 Tonnen großen deutschen Zerstörer ist gehoben worden. Im ganzen sind bis jetzt 20 deutsche Schiffe gehoben.

Spiel und Sport.

Sp. **Capablanca in Berlin.** Schachweltmeister Capablanca, der dritte Preisträger im Moskauer Turnier, gab auf der Durchreise in Berlin im Café Zielka eine Simultanvorstellung. Viereinhalb Stunden lang ging er im Kreise von Gegner zu Gegner, ohne aufzublicken, und nur einem von 30 Partnern gelang es, den Weltmeister zu schlagen, der 27 Partien gewann und 2 Remis machte.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **15 Jahre Zuchthaus für einen Landesverräter.** Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte den Oberlagerverwalter Bullerjahn aus Berlin wegen Landesverrats zu 15 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Bullerjahn war mehrere Jahre in einem chemischen Werk in Berlin-Wittenau in Stellung und hat in der Zeit von Oktober 1924 bis Januar 1925 ständig mit einem französischen Offizier in Verbindung gestanden. Im Dezember vorigen Jahres wurde der Angeklagte verschiedentlich in der Wohnung des Offiziers gesehen, und bald darauf fand eine Revision des chemischen Werkes durch die interalliierte Kontrollkommission statt. Auch andere Gründe sprechen dafür, daß Bullerjahn wichtige Erzeugnisse dieses Werkes der interalliierten Kontrollkommission verraten hatte.

§ **Todesurteil gegen den Mörder des Grafen Westerholt.** Vor dem Schwurgericht in Münster wurde der Buchdruckmaschinenmeister Georg Rehme aus Oldenburg wegen Mordes an dem Grafen Westerholt zu Sythen bei Haltern zum Tode und zu dauernder Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Die Bluttat, die am 2. Mai 1920 begangen wurde, hatte seinerzeit in ganz Rheinland-Westfalen großes Aufsehen erregt und führte zur Verhaftung einer Reihe von Personen, da zuerst der Verdacht aufgetaucht war, daß der Graf von den Kommunisten, die damals das dortige Gebiet beunruhigten, hinterrücks erschossen worden sei. Schließlich wurde aber als Täter der damalige Reichswehrsoldat Rehme ermittelt.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 12. Dezember.

* **Börsenbericht.** Nach mattem Beginn trat im weiteren Verlauf eine allgemeine Befestigung ein, trotzdem sich die Umsätze in engen Grenzen hielten. Am Markt der inländischen Anleihen waren die Kursveränderungen gering. Kriegsanleihe 0,202. Am Geldmarkt notierten tägliches Geld 7—9 %, monatliches Geld 9,50—11 %.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,34—20,39; holl. Gulden 168,53—168,95; Danz. 80,69 bis 80,89; franz. Frank 15,35—15,39; belg. 19,03—19,07; schweiz. 80,87—81,07; Italien 16,93—16,97; schwed. Krone 112,26—112,54; dän. 104,67—104,93; norweg. 85,3 bis 85,61; tschech. 12,41—12,45; österr. Schilling 59,14 bis 59,28; poln. Zloty (nichtamtlich) 49,04—49,26.

* **Produktenbörse.** Angesichts der flauen überseeischen Depeschen, die hier auf Markt und Preislage drückten, brachten die wenig veränderten Liverpooler Anfangskurse eine Überraschung, die dem Markt leichte Stütze brachte. Weizen war in schlesischer Ware ziemlich reichlich und auch sonst mehr als bisher zu willigeren Forderungen offeriert, doch war für den Export und die Mühlen auch manche Frage im Markt. Roggen lag ebenfalls schwächer, indessen besteht zu niedrigeren Preisen Bedarf der Mühlen, und auch nach Stettin zeigte sich Verwendung. Lieferung war in beiden Artikeln niedriger. Gerste ruhig und schwächer. Hafer auch angeboten und nicht voll behauptet. Mehl war sehr ruhig. Futterartikel zum Teil etwas nachgiebiger.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	12. 12.	11. 12.		12. 12.	11. 12.
Weiz., märk.	248-252	251-256	Weizkl. f. Brl.	11,7-12	11,7-12,[illegible]
pommerscher	251-255	254-259	Rogkl. f. Brl.	9,7-10,2	9,7-10,2
Rogg., märk.	146-152	150-156	Raps	355-365	355-365
pommerscher	—	155-160	Leinsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Viktor.-Erbs.	26-32,5	26-32,5
Braugerste	190-216	194-219	kl. Speiseerbs.	22-24	22-24
Futtergerste	155-168	156-170	Futtererbsen	19,5-20,5	19,5-20,[illegible]
Hafer, märk.	163-173	165-175	Peluschken	17-18	17-18
pommerscher			Ackerbohnen	20-21	20-21
weißpreuß.			Wicken	21-23	21-23
Weizenmehl			Lupin., blaue	11,7-12,2	11,7-12,[illegible]
p. 100 Kil. fr.			Lupin., gelbe	12-14,5	12-14,5
Bln. br. inkl.	—	—	Seradella	—	—
Sack (feinst.	—	—	Rapskuchen	14,7-15	15,0-15,[illegible]
Mrk. ü. Not.)	32,2-36,2	32,7-36,7	Leinkuchen	23,6-23,8	23,8-24
Roggenmehl			Trockenschtzl.	8,4-8,6	8,5-8,7
p. 100 Kil. fr.			Sova-Schrot	22-22,2	22-22,2
Bln. br. inkl.			Torfml. 30/70	7,7-7,8	7,7-8
inkl. Sack	22,2-24,5	22,5-25	Kartoffelfl.	14,8-15,2	14,9-15,[illegible]

* **Schlachtviehmarkt.** Auftrieb: Rinder 2470, darunter Bullen 425, Ochsen 804, Kühe und Färsen 1241, Kälber 1750, Schafe 5875, Schweine 5838, Ziegen 30, Schweine aus dem Auslande 298. Preise: Für ein Pfund Lebendgewicht in Pfg.: Ochsen a) vollfleischige, ausgemästete 50—54, b) vollfleischige, ausgemästete im Alter von 4—7 Jahren 44—47, c) junge fleischige, nicht ausgemästete 38—42, d) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 32—35; Bullen a) 48—51, b) 44—46, c) 40—42; Kühe und Färsen a) 50—52, b) 40—45, c) 30—37, d) 24—28, e) 20—22; Fresser 32—40; Kälber a) —,—, b) 72—82, c) 60—70, d) 48—55, e) 38—45; Stallmastschafe a) 43—47, b) 32 bis 40, c) 25—30; Schweine a) —,—, b) 85, c) 82—84, d) 77—81, e) 75—76; Säue 75—78; Ziegen 20—25. Marktverlauf: Bei Rindern, Kälbern, Schafen ruhig, ausgesuchte Rinder über Notiz; bei Schweinen ziemlich glatt. (Die notierten Preise verstehen sich einschl. Fracht, Gewichtsverlust, Risiko, Marktspesen und zulässigem Händlergewinn.)

Vereins-Kalender

Stenographen-Verein „Stolze-Schrey". Jeden Mittwoch, abends von 8 Uhr ab: Uebungsabend in der Evang. Schule.

M.-G.-V. „Harmonie". Jeden Freitag von 8 Uhr ab Gesangstunde im „Goldenen Löwen".

Schützengilde. Im Monat Dezember Schießen beim Kameraden Maiwald „Viktoria".

Schafft Weihnachtsfreude!
den 175 kleinen und großen Verkrüppelten unseres Heims!
Gaben der Liebe: Bekleidungsstücke, Bücher, Spielsachen, Lebensmittel und Geld (Postscheckkonto Nr. 7548 Breslau) erbittet herzlichst
das Schlesische Krüppelheim zu Rothenburg in der Lausitz.

Weihnachts-Angebot
Herren- und Knaben-Anzüge, Winterjoppen, Windjacken, Sporthosen, Clubwesten, Arbeitskleider, Wäsche, wollene Unterkleider, sowie sämtliche Schuhwaren für Herren, Damen und Kinder, Schaftstiefel, Filzschuhe, Kamelhaarschuhe und Pantoffeln, Gute Gummisohlen und Absätze; alles in grosser Auswahl zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
Friedrich Mehle
Bad Warmbrunn, Hirschberger Straße 21.
(Schrägüber der Post :: Kein Laden :: Hochparterre.)

Gelegenheitskauf.
Ein Paar neue
Schneeschuh
Esche, hervorragend ausgesuchtes und gewachsenes Holz, kompl. mit Bernhard-Bindung zu verkaufen.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Gummi-Mäntel
Windjacken
für Damen und Herren
Werner, Warmbrunn

Hautröte
sowie alle Arten von Hautunreinigkeiten, Hautausschlägen, wie Blütchen, Mitesser, Finnen, Pickeln, Pusteln usw. verschwinden durch täglichen Gebrauch der echten
Steckenpferd-Teerschwefel-Seife
von Bergmann & Co., Radebeul.
:: :: Überall zu haben.

ff. Dresdener Stollen
Mandelstollen - Napfkuchen
und andere diverse Kuchen in bekannter Güte empfiehlt
Fritz Weisser's Bäckerei
Bad Warmbrunn, Wilhelm-Straße Nr. 3
Telefon 184.
Bestellungen zum Weihnachts-Feste bitte rechtzeitig!
Stollen im Ausschnitt täglich.